



VERGABEUNTERLAGEN

65/26/12

Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center (SOC)

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (VgV)

Teilnahmewettbewerb (Korrektur 2)

AUFTRAGGEBER

Landkreis Rotenburg (Wümme)

Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), Deutschland

21.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	2
Aufforderungsschreiben mit Verfahrensbeschreibung - Teilnahmewettbewerb	2
632_EU_Bewerbungsbedingungen.....	8
Antragsformular_TNW.....	10
Projektbeschreibung-Gegenstand der Ausschreibung.....	11
Besondere Vertragsbedingungen NTVerG-Dienstleistung.....	13
Erklärung zum NTVerG P4 Abs 1_01-25	17
Eigenerklärung EU	18
Eigenerklärung_RUS_Sanktionen.....	20
234_Erklaerung_Bietergemeinschaft	22
Bewertung für den Teilnahmewettbewerb.....	23
Eignungskriterien.....	31
Anlagen	32

Die wichtigsten Informationen zum Verfahren

Grundsätzliches:

Auftraggeber:	Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vergabenummer/-name:	65/26/12 - Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center (SOC)
Kurzbeschreibung:	Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beabsichtigt, seine Kapazitäten zur Erkennung, Analyse und Abwehr von komplexen Cyberangriffen signifikant zu stärken. Auftragsgegenstand ist die Einführung und der Betrieb einer modernen, integrierten Sicherheitslösung, die aus einer Technologieplattform und darauf aufbauenden Managed Services besteht, der zusätzlich einen „Incident Response“-Service samt eventuell nötiger Forensik beinhaltet. Detaillierte Angaben finden Sie in der Leistungsbeschreibung.
Vergabeart:	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) gemäß VgV
Liefer-/Ausführungsort:	27356 Rotenburg (Wümme)
Losweise Vergabe:	Nein
Nebenangebote:	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Zuschlagskriterium:	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung Gewichtung: 50%: 50%
Ausführungsfrist:	von bis
ggf. Anmerkungen:	Planungsbeginn: Oktober 2026 Gesamtabnahme/Betrieb: max. sechs Monate nach Planungsbeginn Mit Beginn der Betriebsphase läuft der Vertrag 36 Monate ("Grundlaufzeit") und endet ohne weiteres mit Ablauf des letzten Tages der Grundlaufzeit bzw. der Verlängerungszeit. Der Auftraggeber hat das einmalige Recht, die Grundlaufzeit um ein Jahr zu verlängern ("Verlängerungszeit"). Von diesem Recht muss er spätestens drei Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit in Textform gegenüber dem Auftragnehmer Gebrauch

Antragsabgabe:

Teilnahmefrist:	15.06.2026 10:00:00
Form der Anträge:	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

Elektronische Antragsabgabe:

Sie müssen Ihren Antrag elektronisch über den Angebotsassistenten im Vergabeportal der Deutschen eVergabe abgeben. Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter <https://portal.deutsche-e-vergabe.de> mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an. Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen. Klicken Sie auf den Projektsafe des gewählten Verfahrens, um nach erfolgter Aktivierung über den Bieterassistenten direkt zum eVergabe-System zu gelangen. Hier können Sie Ihren Antrag vollelektronisch erstellen und einreichen.

Folgende Signaturen sind zulässig: Textform nach §126b BGB

Die schriftliche Antragsabgabe ist nicht zugelassen!

Fragen zum Verfahren:

Bewerberfragen müssen **bis spätestens 08.06.2026 10:00** eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Die Beantwortung von Fragen erfolgt ausschließlich in Textform über die Bieterkommunikation im Bieterassistenten. Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bewerberfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Bewerberantworten werden Teil der Vergabeunterlagen. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Für allgemeine Fragen stehen Ihnen die Mitarbeiter/innen der Zentralen Vergabestelle telefonisch unter der Telefonnummer +49 (0)4261-983-2178 oder -2182 oder per E-Mail unter vergabe@lk-row.de gerne zur Verfügung.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte an den Support der Deutschen eVergabe. E-Mail: support@deutsche-evergabe.de oder telefonisch unter +49 (0)611-949106-83. Der Support ist kostenlos.

Inhalt

Vorbemerkungen	2
Hinweise zum Vergabeverfahren.....	2
Leistungsinhalte/ Schutz der Vertraulichkeit von Informationen.....	2
Bewerbungsbedingungen	2
Bieterkommunikation.....	3
Verfahrensablauf Verhandlungsverfahren.....	3
Stufe 1: Teilnahmephase	3
Stufe 2: Angebots- und Verhandlungsphase.....	3
Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften.....	4
Nachforderungen.....	4
Zeitplan	4
Teilnahmeunterlagen/Mindestanforderung	5
Antragsabgabe	5
Nachprüfungsstelle.....	6

Vorbemerkungen

Der Landkreis Rotenburg (Wümme), nachfolgend „Auftraggeber“, beabsichtigt, seine Kapazitäten zur Erkennung, Analyse und Abwehr von komplexen Cyberangriffen signifikant zu stärken. Auftragsgegenstand ist die Einführung und der Betrieb einer modernen, integrierten Sicherheitslösung, die aus einer Technologieplattform und darauf aufbauenden Managed Services besteht, der zusätzlich einen „Incident Response“-Service samt eventuell nötiger Forensik beinhaltet. Die detaillierte Projektbeschreibung ist dem Dokument „Projektbeschreibung – Gegenstand der Ausschreibung zu entnehmen“.

Der Auftraggeber lädt zur Abgabe eines Antrages auf Teilnahme am Verfahren ein.

Hinweise zum Vergabeverfahren

Die Leistung wird im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 14 Abs. 3 und § 17 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) vergeben.

Es ist beabsichtigt, die oben genannte Leistung im Namen und für Rechnung des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme) zu vergeben.

Die Leistung wird als Gesamtauftrag vergeben, eine Losteilung erfolgt nicht.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

Das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz findet Anwendung und ist zu beachten. Die Besondere Vertragsbedingungen zum NTVerG werden Vertragsbestandteil.

Leistungsinhalte/ Schutz der Vertraulichkeit von Informationen

Die Leistungsinhalte sind in den beigefügten Unterlagen beschrieben. Eine ausführliche Leistungsbeschreibung ist als Anlage beigefügt. Der vollständige Kriterienkatalog mit den Zuschlagskriterien für die Angebotsphase wird mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes zur Verfügung gestellt. Auf Anfrage wird diese bereits vorab im Teilnahmewettbewerb zur Verfügung gestellt. Hierzu ist gemäß § 41 Abs. 3 VgV zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen die Abgabe der anliegenden Verschwiegenheitserklärung erforderlich. Diese ist über die Bieterkommunikation mit der Bitte um Übersendung des vollständigen Kriterienkataloges einzureichen.

Bewerbungsbedingungen

Die anliegenden Bewerbungsbedingungen sind zu beachten und Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Bieterkommunikation

Enthalten die Bekanntmachung und/oder die Vergabeunterlagen, samt ihren Anlagen, nach Auffassung der Bewerber Unklarheiten, die die Teilnahmeanträge beeinflussen könnten, so haben die Bewerber den Auftraggeber umgehend darauf hinzuweisen.

Weiterhin haben die Bewerber bzw. Bieter den Auftraggeber auf eventuell bestehende Widersprüche in den Unterlagen unverzüglich aufmerksam zu machen.

Mitteilungen, Hinweise und Fragen haben die Bewerber direkt über die Bieterkommunikation auf der Vergabeplattform (<https://www.deutsche-evergabe.de>) einzureichen. Kontaktstelle ist die Zentrale Vergabestelle des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme).

Anfragen werden ausschließlich auf der Vergabeplattform beantwortet. Antworten und Mitteilung ergänzen die Vergabeunterlagen und sind bei der Angebotserstellung zu beachten und bindend für die Leistungserbringung.

Verfahrensablauf Verhandlungsverfahren

Das Vergabeverfahren findet in Form eines zweistufigen Verhandlungsverfahrens statt.

Stufe 1: Teilnahmephase

In der ersten Stufe wird ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Bewerber weisen ihre Eignung für die o.g. Leistung anhand der einzureichenden Eignung nach.

Nach Eingang der Teilnahmeanträge erfolgt die Auswertung dieser auf Grundlage der Mindest- und Auswahlanforderungen gemäß der Unterlage „Bewertung für den Teilnahmeantrag“. Die gestellten Mindestanforderungen müssen vollständig erfüllt sein. Von den eingegangenen Teilnahmeanträgen nehmen maximal fünf Bewerber am weiteren Verfahren teil. Sofern mehr als fünf Bewerber die genannten Mindestanforderungen erfüllen, erfolgt ein Auswahlverfahren anhand der dargestellten Auswahlkriterien.

Durch die Punktevergabe wird eine Rangfolge ermittelt (Höchste Punktzahl = Rang 1 etc.). Die fünf bestplatzierten Bewerber nehmen am weiteren Verfahren teil. Bei gleichem Ergebnis einer größeren Anzahl von Bewerbern in der Rangfolge, wird mittels Losverfahren über die weiter teilnehmenden Bieter mit gleicher Punktzahl entschieden. Die losunterlegenen und alle weiteren Bewerber nehmen nicht am weiteren Verfahren teil.

Bewerber, welche nicht am weiteren Verfahren teilnehmen, erhalten entsprechende Nachricht.

Stufe 2: Angebots- und Verhandlungsphase

Die ausgewählten Bewerber werden zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert. Details werden mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe bekanntgegeben.

Im Anschluss sind Verhandlungen über die eingereichten Angebote vorgesehen. Die Bieter präsentieren und erläutern ihre Angebote und es erfolgen Verhandlungen über die Angebotsinhalte zwischen Bieter und Auftraggeber. Auf Grundlage der Inhalte der Verhandlungsgespräche werden die Vergabeunterlagen ggf. angepasst. Die Bieter werden im Anschluss zur Abgabe eines Angebotes auf Grundlage der geänderten Vergabeunterlagen aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, ggf. weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Bieter zur Abgabe eines finalen Angebots aufgefordert.

Nach Erhalt der finalen Angebote, beabsichtigt der Auftraggeber unter Berücksichtigung der Bewertungskriterien den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Verhandlungen über die finalen Angebote sind nicht vorgesehen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag bereits auf Basis der Erstantgebote zu vergeben und auf Verhandlungen zu verzichten.

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften werden wie Einzelbewerber/-bieter behandelt. Alle Angaben werden in Ihrer Summe gewertet. Die Zuordnung der jeweiligen Angaben (z. B. Referenzen) zu den Unternehmen ist jedoch eindeutig anzugeben. Die Erklärungen sind vollständig von jedem Unternehmen zu erbringen.

Der Auftraggeber ist berechtigt Auskünfte, Erklärungen und die Vorlage von Dokumenten hinsichtlich der Zusammensetzung und Struktur einer Bietergemeinschaft zu verlangen, soweit das für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens erforderlich ist.

Nachforderungen

Fehlen eine der geforderten Eigenerklärungen oder Nachweise, behält sich der Auftraggeber vor, die fehlenden Erklärungen/Nachweise nachzufordern.

Nachgeforderte Erklärungen/Nachweise sind innerhalb der, mit der Aufforderung zur Nachreichung, genannten Frist vorzulegen. Werden die nachgeforderten Erklärungen/Nachweise nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, wird der Bewerber vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Anspruch auf die Aufforderung zur Nachreichung von Unterlagen besteht jedoch nicht, insbesondere kann der Auftraggeber im Rahmen der Gleichbehandlung aller Bewerber entscheiden, bei keinem der Bewerber etwaige fehlende Unterlagen nachzufordern.

Die Erklärungen und die geforderten Nachweise sind, im Falle von Bewerber-/Bietergemeinschaften, von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft abzugeben.

Zeitplan

Die nachfolgend genannten Zeitangaben zur Abwicklung des Vergabeverfahrens dienen lediglich dazu, den Bewerber die Abschätzung des Zeitbedarfs und die Kapazitätsplanung

zu erleichtern. Sie sind – mit Ausnahme der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge – derzeit noch unverbindlich. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, die Termine in den Vergabeunterlagen und/oder im Rahmen des weiteren Vergabeverfahrens anzupassen und zu präzisieren.

- Abgabe Teilnahmeantrag bis spätestens: 15.06.2026, 10:00 Uhr
- Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots: KW 27/2026
- Abgabe Erstangebot: KW 32/2026
- Verhandlungen über Erstangebote: KW 33/2026 bis 34/2026
- Aufforderung zur Abgabe des finalen Angebotes: KW 36/2026
- Abgabe des finalen Angebotes: KW 37/2026
- Information gemäß § 134 GWB: KW 38/2026
- Zuschlagserteilung: KW 40/2026
- Planungsbeginn: Oktober 2026
- Gesamtabnahme/Betrieb: max. sechs Monate nach Planungsbeginn

Teilnahmeunterlagen/Mindestanforderung

Der Teilnahmeantrag besteht aus dem ausgefüllten Bewerbungsformular und mindestens folgender Nachweise und Erklärungen:

- Eigenerklärung zur Eignung (Auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers sind Nachweise zur Zuverlässigkeit, Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsleistungen, gewerberechtliche Voraussetzung für die Leistungserbringung, Personaleignung vorzulegen. Eine fehlende Eignung führt zum Ausschluss vom Verfahren.)
- Erklärung zu § 4 Abs. 1 Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG)
- Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k* Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/576
- Ggf. Erklärung einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (soweit zutreffend)
- Anlage 1 – Kriterienkatalog TNW
- Anlage 2 – Formblatt Kunden-Referenzen
- Anlage 3 – Formblatt Mitarbeiter-Referenzen
- Anlage 4 – Vertraulichkeitsvereinbarung

Hinweis: Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern.

Antragsabgabe

Teilnahmeanträge müssen bis zum Ende der Antragsfrist elektronisch über das Vergabeportal der Deutschen eVergabe (<https://www.deutsche-evergabe.de>) per Textform nach § 126b BGB eingereicht werden. Eine digitale Signatur ist für die Antragsabgabe nicht erforderlich.

Angebote, die nicht den Formvorschriften entsprechen, werden ausgeschlossen.

Nachprüfungsstelle

Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabeverordnung (VgV).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7 Eignung

Unternehmen haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Interessensbestätigung angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 6 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Absender

Ort:

Datum:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)
Deutschland

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Einreichungstermin: 15.06.2026
10:00:00

Bewerbung zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren

65/26/12	Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center (SOC)
----------	-------------------------------------------------------------------------------

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bewerbe(n) ich/wir mich/uns um die Teilnahme am oben genannten Vergabeverfahren.
Nachstehend erhalten Sie die notwendigen Angaben zu meinem/unseren Unternehmen/Betrieb
bzw. Bewerbungsgemeinschaft.

Name	
Strasse, Hausnr.	
PLZ, Ort	
Ansprechpartner	

Hinweis:

Bei Bewerber-/Bietergemeinschaften sind der Name der Bewerber-/Bietergemeinschaft, die Anschrift sowie die Telefon- und Faxnummer des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbungsgemeinschaft anzugeben. Die Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft sind im Formular „Erklärung der Bewerbungsgemeinschaft“ anzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

{Supplier.OfferDate}

Datum, Bietername

Gegenstand der Ausschreibung

Der Landkreis Rotenburg (Wümme), nachfolgend „Auftraggeber“, beabsichtigt, seine Kapazitäten zur Erkennung, Analyse und Abwehr von komplexen Cyberangriffen signifikant zu stärken. Auftragsgegenstand ist die Einführung und der Betrieb einer modernen, integrierten Sicherheitslösung, die aus einer Technologieplattform und darauf aufbauenden Managed Services besteht, der zusätzlich einen „Incident Response“-Service samt eventuell nötiger Forensik beinhaltet.

Technologisches Fundament wird eine leistungsfähige Endpoint Detection and Response (EDR)-Lösung sein, die zu einer Extended Detection and Response (XDR)-Plattform erweiterbar ist oder bereits als solche fungiert. Diese Plattform muss kontinuierlich Telemetriedaten von Endpoints (Clients, Server, Netzwerkkomponenten) und anderen kritischen IT-Bereichen sammeln, zentralisieren und mittels verhaltensbasierter Analytik in Echtzeit auswerten, um auch hochentwickelte Angriffsmuster zu identifizieren. Ziel ist die Schaffung eines zentralen Lagebildes, das effektive Reaktionsmaßnahmen und schnelle, tiefgehende forensische Untersuchungen (Threat Hunting) ermöglicht.

Auf dieser Technologieplattform aufbauend wird ein Managed Detection and Response (MDR)-Service durch ein externes Managed Security Operations Center (MSOC) beschafft.

Dieser Service umfasst die proaktive, kontinuierliche 24/7-Überwachung der gesamten IT-Infrastruktur, das qualifizierte Analysieren und Bewerten von Sicherheitsalarmen sowie die aktive Suche nach verborgenen Bedrohungen. Daneben fließen zusätzliche Module, wie in dieser Leistungsbeschreibung und den Bewertungskriterien beschrieben, zur Bereitstellung mit ein, insbesondere ist hier ein Modul für das Schwachstellen Management oder optionales Threat Hunting zu nennen.

Aktuell ist von ca. 2000 Endpunkten auszugehen. Die Log-Quell-Typen sind Clients, Server, Mobile-Devices, Hypervisor, Netzwerkinfrastruktur und Sicherheitssysteme. Eventuell müssen im Projekt noch Anwendungen angebunden werden. Die Anzahl der Endpunkte wird sich nicht signifikant erhöhen.

Im Falle eines bestätigten Sicherheitsvorfalls stellt der Dienstleister die initiale Koordination und Durchführung von Abwehrmaßnahmen sicher und unterstützt durch regelmäßige Berichte und Handlungsempfehlungen die kontinuierliche Verbesserung der Sicherheitslage des Auftraggebers. Sollten Forensische Maßnahmen notwendig sein, sind auch diese Gegenstand des Ausschreibungsverfahrens und im Service „Incident Response“ darstellbar.

Mit Beginn der Betriebsphase läuft der Vertrag 36 Monate ("**Grundlaufzeit**") und endet ohne weiteres mit Ablauf des letzten Tages der Grundlaufzeit bzw. der Verlängerungszeit. Der Auftraggeber hat das einmalige Recht, die Grundlaufzeit um ein Jahr zu verlängern ("**Verlängerungszeit**"). Von diesem Recht muss er spätestens

drei Monate vor Ablauf der Grundlaufzeit in Textform gegenüber dem Auftragnehmer Gebrauch machen.

Der MSOC-Service muss den Anforderungen an marktüblichen Standards entsprechen.

Zusätzlich zu den grundlegenden Ausschlusskriterien sind weitere Anforderungen an die Technologieplattform und den MSOC-Service definiert, um eine nahtlose Integration in die bestehende IT-Infrastruktur des AG sicherzustellen.

Regelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG

- Vergabe von Dienstleistungsaufträgen -

1. Zahlung von Mindestentgelten

Der Auftragnehmer hat sich verpflichtet, im Fall der Auftragserteilung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) in seinem Unternehmen bei der Ausführung der beauftragten Leistung, die innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes zu zahlen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:

- den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG),
- den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
- der auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
- aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Die Pflicht des Auftragnehmers zur Zahlung des Mindestentgelts erstreckt sich auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung entliehen sind und bei der Ausführung der Leistung eingesetzt werden. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zahlung von Mindestentgelten auch den Verleihunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Das Mindestentgelt erfasst nur solche Entgeltzahlungen, die zur Abgeltung der im Rahmen der Auftragsausführung erbrachten Arbeitsleistung regelmäßig zu zahlen sind.

Nicht von dem Mindestentgelt erfasst sind vermögenswirksame Leistungen oder Sonderleistungen, die nicht mit der Arbeitsleistung in einem funktionalen Zusammenhang stehen. Auf die entsprechende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes wird verwiesen, vgl. BAG, Urteil vom 18.04.2012 – 4 AZR 139/10; BAG E 109, 244.

2. Verpflichtung von Nachunternehmen

Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, die in Ziffer 1 genannten Verpflichtungen zur Zahlung von Mindestentgelten auch den von ihm eingesetzten oder von Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen aufzuerlegen, die Abgabe der entsprechenden Verpflichtungserklärungen mit diesen zu vereinbaren, von diesen einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen. Die Verpflichtung von Nachunternehmen zur Zahlung des Mindestentgeltes nach Ziffer 1 besteht nur für Leistungen, die das beauftragte Nachunternehmen innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbringen wird. Die Verpflichtungserklärungen können nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 Satz 4, 5 i.V.m. § 8 Abs. 1 NTVergG auch im Wege der Präqualifikation erbracht werden. Vorstehende Verpflichtungen beziehen sich auf die Verpflichtungserklärungen über die Zahlung von Mindestentgelten nach § 4 Abs. 1 NTVergG.

Die Erklärungen sind vor Einsatz des jeweiligen Nachunternehmens einzufordern und dem Auftraggeber vorzulegen.

Die Mindestentgeltverpflichtung bezieht sich jeweils auf das beauftragte Nachunternehmen.

Soweit keine Mindestentgeltregelung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 NTVergG existiert, ist das Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 NTVergG zu zahlen.

Nachunternehmen im Sinne dieser Regelungen sind in der Regel rechtlich selbständige Unternehmen, die von dem beauftragten Auftragnehmer zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung herangezogen werden, die in sich abgeschlossene Teilleistungen bilden und nicht nur untergeordnete Hilfsdienste oder bloße Zulieferungen darstellen. Der Auftragnehmer hat diese rechtliche Einordnung der von ihm zur Ausführung eingesetzten Dritten in eigener Verantwortung zu prüfen. Die Regelung des § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.

3. Kontrollrechte

3.1. Allgemeines Kontrollrecht des Auftraggebers

Die Vertragsparteien vereinbaren vor dem Hintergrund der Regelung in § 14 Abs. 1 NTVerG ein allgemeines Recht des Auftraggebers zur jederzeitigen Kontrolle, ob der Auftragnehmer und die zur Auftragsausführung eingesetzten Nachunternehmen und Verleihunternehmen die von ihnen im Hinblick auf das NTVerG übernommenen Pflichten erfüllen.

3.2. Kontrollrechte des Auftraggebers und Vertragspflichten des Auftragnehmers im Hinblick auf die Pflicht zur Zahlung des Mindestentgelts

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bis zur vollständigen Leistungserbringung jederzeit auf Verlangen des Auftraggebers die Grundlage für seine Zahlungsverpflichtung des Mindestentgelts i.S.d. § 4 Abs. 1 NTVerG offenzulegen und Kontrollen über die Einhaltung und Umsetzung dieser Zahlungsverpflichtung zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat der Auftragnehmer die zur Kontrolle erforderlichen Unterlagen, Arbeitsnachweise der Beschäftigten und Nachweise über Entgeltzahlungen an die Beschäftigten, die zur Ausführung der Leistung eingesetzt sind, bereit zu halten und dem Auftraggeber jederzeit auf dessen Anforderung auszuhändigen. Um die Einhaltung der in Ziffer 1 und 2 genannten Vertragspflichten zu überprüfen, ist der Auftraggeber berechtigt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere Leistungsorte/Baustellen und/oder Geschäftsräume zu betreten, Beschäftigte zu befragen, Einsicht in Unterlagen, insbesondere in Lohn- und Meldeunterlagen, Bücher und andere Geschäftsunterlagen und Aufzeichnungen zu nehmen, aus denen Umfang, Art, Dauer und tatsächliche Entlohnung der Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Die Unterlagen sind nach Auftragserteilung vollständig und prüffähig bereit zu halten.

Die vorstehenden Pflichten sind mit Zuschlag Vertragsbestandteil. Sie gelten auch nach vollständiger Erfüllung der Hauptleistungspflichten durch den Auftragnehmer in entsprechender Anwendung des § 147 Abgabenordnung für zehn (10) Jahre nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Hauptleistung des Auftragnehmers vollständig und vertragsgerecht erbracht wurde. Nach vollständiger Leistungserbringung wird der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Bereitstellung und Vorlage der o.g. Unterlagen setzen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten auf die Kontroll- und Nachweispflichten gegenüber dem Auftraggeber hinzuweisen. Ihm ist bekannt, dass die Umsetzung und Ausübung der Kontrollrechte durch den Auftraggeber nicht von der Einwilligung der Beschäftigten abhängt. Die Verpflichtung des Auftragnehmers zur Erfassung, Bereithaltung und Offenlegung der personenbezogenen Daten ist zur Prüfung der Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Mindestentgelts erforderlich und gilt daher unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sonstigen zur Auftragsausführung Beschäftigten ihre Einwilligung zur Erfassung und Offenlegung der personenbezogenen Daten erteilen.

Vorstehende Pflichten bestehen in gleicher Weise für eingesetzte Nachunternehmen und Verleihunternehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen sowie etwaige dritte Nach- und Verleihunternehmen, die für die Ausführung des Auftrags eingesetzt sind, seinerseits auf Einhaltung der Vertragspflichten gem. Ziffer 1 und 2 zu kontrollieren und dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtungen auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen.

Die in Ziffer 2 genannte Pflicht zur Vorlage von Erklärungen von Nachunternehmen gilt nicht, sofern und soweit der Auftraggeber gemäß § 13 Abs. 3 NTVergG auf die Vorlage von Erklärungen verzichtet. Auch in diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Zahlung des entsprechenden Mindestentgelts Sorge zu tragen und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

4. Sanktionen/Vertragsstrafe/Kündigungsrecht

Die Vertragspartner vereinbaren für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers und der von ihm oder durch seine Nach- oder Verleihunternehmen beauftragten Nach- oder Verleihunternehmen gegen die vorstehend erfassten Vertragspflichten gem. Ziffer 1, 2 und Ziffer 3.2 die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 vom Hundert des Auftragswertes netto - basierend auf dem Auftragswert im Zeitpunkt der Beauftragung; bei mehreren Verstößen gegen die Vertragspflichten auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG darf die Summe der Vertragsstrafen 10 vom Hundert des Auftragswertes nicht überschreiten.

Diese Vertragsstrafenregelung bezieht sich explizit ausschließlich auf schuldhafte Vertragspflichtverstöße im Zusammenhang mit den vorgenannten Vertragsregelungen der Ziffern 1, 2 und 3.2, die auf den gesetzlichen Regelungen des NTVergG basieren. Die Vereinbarung von Vertragsstrafen für andere Verstöße gegen Vertragspflichten, etwa über die Vereinbarung von Terminen und Fristen, bleibt hiervon unberührt.

Schuldhaft ist auch ein Verstoß gegen Vertragspflichten, der durch Nach- oder Verleihunternehmen begangen wird, wenn und soweit dieser Verstoß als schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen eigene Nebenpflichten einzuordnen ist. Dies ist dann nicht der Fall, wenn der Auftragnehmer schlüssig nachweist, dass er die Einhaltung der Mindestentlohnungspflichten durch die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen regelmäßig kontrolliert und sichergestellt hat. Die Zahlung einer Vertragsstrafe wird daher auch für den Fall vereinbart, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen oder ein Verleihunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Den Vertragsparteien ist bekannt, dass das Gebot der Verhältnismäßigkeit bei der Verwirkung der Vertragsstrafe zu beachten ist und die Vertragsstrafe vom Auftraggeber auf Antrag des Auftragnehmers auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden kann.

Neben der Vertragsstrafenregelung vereinbaren die Parteien für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus den in Ziffer 1, 2 und 3.2 genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nach- oder Verleihunternehmen eingesetzten Nach- oder Verleihunternehmen das Recht des Auftraggebers zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. § 8 VOL/B und etwaige andere vertragliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

Der Auftragnehmer informiert die eingesetzten Nach- und Verleihunternehmen über die drohenden Sanktionen im Fall schuldhafter Verstöße gegen die in Ziffer 1, 2 und/oder 3.2 vereinbarten Verpflichtungen.

Besondere Vertragsbedingungen**(- Regelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG -)**

Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass der Auftraggeber die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, nach § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen über Verstöße des Auftragnehmers bzw. der Nach- oder Verleihunternehmen gegen die auf Grundlage des § 4 Abs. 1 NTVergG vereinbarten Mindestentgeltregelungen informieren.

5. Rechtliche Hinweise und Regelung zur Teilnichtigkeit

Sollte eine der vorstehenden Regelungen unwirksam sein, bezieht sich die Unwirksamkeit ausschließlich auf die jeweilige Teilregelung und nicht auf die Vertragsregelungen insgesamt. § 139 BGB wird ausdrücklich abbedungen.

Erklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (ab 01.01.2025: 12,82 Euro/ ab 01.01.2026: 13,90 Euro) zu zahlen und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Ort, Datum, Unterschrift / Firmenstempel*

*Nur erforderlich, wenn diese Erklärung nicht Bestandteil eines elektronisch signierten bzw. per Textform nach § 126b BGB eingereichten Angebotes ist, in diesen Fällen gilt die Erklärung automatisch als unterzeichnet.

Hinweis zum Einsatz von Nachunternehmern oder Verleihunternehmen

Soweit Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, müssen auch diese die obenstehende Erklärung gesondert vorlegen.

Leistung: Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center
... (SOC)

Eigenerklärung

Ich/Wir erkläre(n), dass

- weder ich noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wurde wegen einer Straftat nach:
 - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug),
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug),
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels);
- und keine Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten erfolgt ist;
- mein Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist;

- mein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- mein Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich weder in Liquidation befindet noch seine Tätigkeit eingestellt hat;
- weder mein Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB) im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
- mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
- bezogen auf mein Unternehmen kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte;
- mein Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat;
- mein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat;
- mein Unternehmen
 - nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln;

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Name des Bieters)

Eigenerklärung
zur Umsetzung von Artikel 5k* Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/576
des Rates vom 8. April 2022

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen

- russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.

2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über das Vergabeportal zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Datum. Unternehmen / Erklärer in Textform

***Artikel 5k** der VO lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme
Vergabenummer	Leistung
65/26/12	Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center (SOC)

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ort Datum Unterschrift

Ort Datum Unterschrift

Ort Datum Unterschrift

Ort Datum Unterschrift

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

1. HINWEISE ZUR BEWERTUNG, MINDESTKRITERIEN UND DEN BEWERTUNGSSCHEMATA FÜR DAS AUSWAHLVERFAHREN

INHALT

1. Hinweise zur Bewertung, Mindestkriterien und den Bewertungsschemata für das Auswahlverfahren	1
1.1. Mindestkriterien	1
1.2. Auswahlkriterien	2
1.2.1. „Referenzen über vergleichbare Leistungen“	2
1.2.1.1. Anforderung	2
1.2.1.2. Punktevergabe	2
1.2.2. „Qualifizierte Personalausstattung“	7
1.2.1.3. Anforderung	7
1.2.1.4. Punktevergabe	8

Hier sind die Mindestkriterien und die Bewertungsschemata zu Auswahlkriterien zu Kundenreferenzen und der Personalausstattung dargestellt.

Mit der Erfüllung der Mindestkriterien gelangen Sie in das Auswahlverfahren.

Im Auswahlverfahren werden Ihre Angaben bewertet. Es gibt zwei Arten von Auswahlkriterien: Die „Referenzen über vergleichbare Leistungen“ und „Qualifizierte Personalausstattung“. Die Bewertungsschema und Punktevergaben zu den Auswahlkriterien sind hier beschrieben.

1.1. Mindestkriterien

In der „Anlage 1 – Kriterienkatalog TNW.xlsx“ finden Sie das Tabellenblatt „Mindestkriterien“.

Dort finden Sie genaue Beschreibungen zum Inhalt und den geforderten Angaben für die Einreichung zu den Mindestkriterien.

All diese Kriterien müssen von Ihnen als Teilnehmer in der Ausschreibung des Landkreises Rotenburg (Wümme) erfüllt werden. Wird eines dieser Kriterien nicht erfüllt, führt dies zum Ausschluss vom Teilnahmeverfahren.

Für die Nachweise der Kundenreferenzen als Mindestkriterien A1 verwenden Sie bitte in „Anlage 2 - Formblatt Kunden-Referenzen.xlsx“ die Spalten für die „Eignungsreferenzen 1-3“.

1.2. Auswahlkriterien

Im Folgenden werden die beiden Auswahlkriterien „Referenzen über vergleichbare Leitungen“ und „Personalausstattung“ und das jeweils für sie geltende Bewertungsschema dargestellt.

Für jedes Auswahlkriterium gibt es ein eigenes Formblatt zur Befüllung – „Anlage 2 - Formblatt Kunden-Referenzen.xlsx“ und „Anlage 3 - Formblatt Mitarbeiter-Referenzen.xlsx“.

Die bei den Mindestkriterien genannten Referenzen können hier mit angegeben werden.

Für die Nachweise der Kundenreferenzen als Auswahlkriterien E1 verwenden Sie bitte in „Anlage 2 - Formblatt Kunden-Referenzen.xlsx“ die Spalten für die „Auswahlreferenzen 1-5“.

1.2.1. „Referenzen über vergleichbare Leistungen“

Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied):

1.2.1.1. Anforderung

Bitte erstellen Sie eine Liste der von Ihnen in den letzten vier Jahren erbrachten Leistungen, die mit der zu vergebende Leistung vergleichbar sind (Einführung und Betrieb eines MSOC-Dienstes als EDR/XDR unter Nutzung eines SIEM mit Vorfallreaktion), unter Angabe des genauen Auftrags, der Auftragssumme, des Auftraggebers, der Anzahl der betreuten Endpunkte und der Referenzen mit Ansprechpartnern inkl. Tel.-Nr. und Rolle im Unternehmen.

Die Leistungserbringung muss nach dem 01.01.2022 erfolgt sein. Der Auftrag muss nicht abgeschlossen sein, sondern kann zum Zeitpunkt der Antragsabgabe fort dauern. Die Leistung muss für die Anerkennung der zum Zeitpunkt der Antragabgabe bereits seit mindestens 12 Monate erbracht worden sein.

Bitte beachten Sie für Ihre Angaben die Erklärungen zur Punktevergabe im Einzelnen.

1.2.1.2. Punktevergabe

Pro Referenz sind maximal 1.000 Punkte möglich. Bei fünf anzugebenden Referenzen sind somit maximal 5.000 Punkte möglich.

Sollte ein Bewerber mehr als fünf Referenzen einreichen, bewertet der Auftraggeber nur die besten fünf Referenzen.

Muss-Angaben

Das Fehlen folgender Kriterien

Gültiger Zeitraum

(Leistungserbringung begann und endete innerhalb der letzten vier Jahre)

Vollständigkeit der Angaben

(Auftragsinhalt, Auftragssumme, Auftraggeber, Endpunkte, Ansprechpartner mit Kontaktdaten)

Thematische Grundvergleichbarkeit

(Das Projekt befasst sich erkennbar mit dem Thema IT-Sicherheit / Cyber-Abwehr / EDR / XDR SIEM / MSOC)

führt zur **Nicht-Wertung** der Referenz.

Punktevergabe im Einzelnen

Die Bewerber erhalten je Referenz, die die oben genannten Anforderungen erfüllt, maximal 1.000 Punkte.

Dabei teilt sich die Punktevergabe bei der Bewertung auf folgende vier Qualitätskategorien auf, um die Vergleichbarkeit und Relevanz der Referenz zu bewerten:

- A. Vergleichbarkeit des Leistungsinhalts (Max. 600 Punkte)**
- B. Umfang und Komplexität des Projekts (Max. 200 Punkte)**
- C. Qualität der Referenz und des Auftraggebers (Max. 100 Punkte)**
- D. Gesamteindruck und strategische Relevanz (Max. 100 Punkte)**

A. Vergleichbarkeit des Leistungsinhalts (Max. 600 Punkte)

Diese Kategorie bewertet, wie gut der Inhalt der Referenz mit der ausgeschriebenen Leistung übereinstimmt.

Bewertungsaspekt	Beschreibung	Punkte
Kernleistung EDR/XDR/ System zur Sicherheitsinformations- und Ereignisüberwachung	Das Referenzprojekt umfasste die Einführung und den Betrieb eines EDR-/XDR- Systems	200
	oder Das Referenzprojekt umfasste die Einführung und den Betrieb eines EDR-Systems und eines System zur Sicherheitsinformations- und Ereignisüberwachung	
	<i>Abstufung: Nur Einführung ODER nur Betrieb.</i>	100
Kernleistung MSOC-Dienstleistung	Das Referenzprojekt umfasste die MSOC- Dienstleistung für einen fully-managed SOC	200
	<i>Abstufung: MSOC-Dienstleistung für einen co-managed SOC</i>	100
Kernleistung Vorfallreaktion (Incident Response)	Der Dienst umfasst aktive Vorfallreaktion (z.B. Isolierung von Systemen, Entfernung von Malware), nicht nur Alarmierung.	200
	<i>Abstufung: Nur Alarmierung und Handlungsempfehlungen</i>	100
Gesamtpunktzahl Kategorie A		max. 600

B. Umfang und Komplexität des Projekts (Max. 200 Punkte)

Diese Kategorie bewertet die Größenordnung der Referenz, da sie ein Indikator für die Leistungsfähigkeit des Bewerbers ist.

Bewertungsaspekt	Beschreibung	Punkte
Anzahl der betreuten Endpunkte	3.501 - 5.000 Endpunkte	100
	1.501 - 3.000 Endpunkte	75
	501- 1.500 Endpunkte	50
	≤ 500 Endpunkte	25
Auftragssumme (pro Jahr)	> 450.000 EUR	100
	300.001 - 450.000 EUR	75
	150.000 – 300.000 EUR	50
	< 150.000 EUR	25
Gesamtpunktzahl Kategorie B		max. 200

C. Qualität der Referenz und des Auftraggebers (Max. 100 Punkte)

Diese Kategorie bewertet die Relevanz des Auftraggebers und die Überprüfbarkeit der Angaben.

Datenschutzrechtlicher Hinweis: *Für die übermittelten Daten zu den Ansprechpartnern werden vertrauliche Behandlung und die Verwendung nur im Rahmen dieser Ausschreibung seitens des Auftraggebers zugesichert.*

Bewertungsaspekt Beschreibung		Punkte
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber (Bund, Land, Kommune) oder Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)	50
	Großer Privatwirtschaftlicher Auftraggeber (>1.000 MA)	25
	Sonstiger Auftraggeber	10
Qualität der Referenzangabe	Ansprechpartner ist benannt, mit direkter Telefonnummer und E-Mail. Die Rolle des Ansprechpartners (z.B. CISO, IT-Leiter) lässt eine qualifizierte Auskunft erwarten.	50
	<i>Abstufung: Nur allgemeine Kontaktdaten oder Ansprechpartner ohne klare Zuständigkeit</i>	25
	<i>Als Ansprechpartner ist eine kundenbetreuende Person des Bieters genannt</i>	10
Gesamtpunktzahl Kategorie C		max. 100

D. Gesamteindruck und strategische Relevanz (Max. 100 Punkte)

Diese Kategorie bietet einen kleinen Spielraum zur Bewertung von Aspekten, die nicht vollständig durch die obigen Kriterien abgedeckt sind.

Bewertungsaspekt	Beschreibung	Punkte
Besondere Merkmale	Die Beschreibung hebt besondere Herausforderungen oder innovative Lösungen hervor (z.B. die Erkennung von Geräten im Netzwerk (inkl. Subnetze), auf denen keine Endpunkt-Agenten installiert sind, NTA/NDR mit Datenflussüberwachung und signaturbasierter Erkennung und Verhaltensanalyse).	50
Präzision der Beschreibung	Die Beschreibung des Auftrags ist präzise, nachvollziehbar und klar auf die ausgeschriebene Leistung bezogen. Der Bewerber hat die Relevanz seiner Referenz verstanden und gut dargestellt.	50
Gesamtpunktzahl Kategorie D		max. 100

1.2.2. „Qualifizierte Personalausstattung“

1.2.1.3. Anforderung

Wie viele MSOC-Analysten stehen dem Auftragnehmer für die Leistungserbringung zur Verfügung?

Die Definition von MSOC-Analysten entnehmen Sie bitte der Leistungsbeschreibung.

Der Bieter weist nach, dass alle genannten MSOC-Analysten mindestens über eines der nachfolgend aufgeführten Personenzertifizierungen oder über vergleichbare Zertifikate mit Schwerpunkt Security Incident Management verfügen:

- Certified Information Systems Security Professional (CISSP)
- Certified Information Security Manager (CISM)
- Certified Ethical Hacker (CEH)
- TeleTrust Information Security Professional (T.I.S.P.)
- Cyber Security Expert (CSE)
- Cyber Security Professional (CSP)

Zum Nachweis verwenden Sie bitte die "Anlage 2 - Mitarbeiter-Referenzen.xlsx".

1.2.1.4. Punktevergabe

Für jeden MSOC-Analysten, über den der Bewerber verfügt (Vollzeitäquivalent/FTE) und für den er eine der genannten Personenzertifizierungen oder vergleichbaren Zertifikate nachweist, erhält der Bewerber 50 Punkte.

Maximal erhält ein Bewerber in diesem Auswahlkriterium 500 Punkte (bei 10 MSOC-Analysten, die über eine der genannten Personenzertifizierungen oder vergleichbare Zertifikate verfügen).

Datenschutzrechtlicher Hinweis: *Für die übermittelten Daten zu den MSOC-Analysten werden vertrauliche Behandlung und die Verwendung nur im Rahmen dieser Ausschreibung seitens des Auftraggebers zugesichert.*

KRITERIENKATALOG

Teilnahmewettbewerb (Korrektur 2)

21.05.2026

Verfahren: 65/26/12 - Einführung und der Betrieb EDR/XDR & Managed Security Operations Center (SOC)

EIGNUNGSKRITERIEN

Keine Eignungskriterien festgelegt.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Anlage 2 - Formblatt Kunden-Referenzen.xlsx	24,32 KB	xlsx
Dateianlage	Anlage 3 - Formblatt Mitarbeiter-Referenzen.xlsx	20,58 KB	xlsx
Dateianlage	Anlage 4 - Vertraulichkeitsvereinbarung.docx	49,57 KB	docx
Dateianlage	Anlage 1 - Kriterienkatalog TNW_Neu_210526.xlsx	66,87 KB	xlsx